



Freihandelsverhandlungen 2013/14
Transatlantic Trade and Investment Partnership



TTIP-Verhandlungen



- 1. Verhandlungen**
- 2. Handelshemmnisse**
- 3. Öffentliche Dienste**
- 4. Investitionen**

Transatlantisches Freihandelsabkommen

offiziell Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft/THIP

(englisch Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)

oder Trans-Atlantic Free Trade Agreement (TAFTA)

Die wichtigsten Teilnehmerstaaten sind die USA und die Staaten der Europäischen Union. Daneben werden auch Kanada, Mexiko, die EFTA-Staaten Schweiz, Liechtenstein, Norwegen und Island sowie die EU-Beitrittskandidaten (Mazedonien, Türkei u. a.) einbezogen.

Vorgeschichte

- Seit den 1990er Jahren immer wieder im Gespräch
- EU-US Gipfel November 2011: Einrichtung einer „**High Level**“ Arbeitsgruppe für Wachstum und Beschäftigung
- **Vorsitz:** EU-Handelskommissar De Gucht / US-Handelsbevollmächtig. Ron Kirk
- **Empfehlung :** Verhandlungen über ein umfangreiches Handels- und Investitionsabkommen aufzunehmen
- „BReg hat heute umfassenden#EU Mandat f #Freihandelsabkommen mit USA zugestimmt,
ohne Vorbehalte jetzt.“ Philip Rösler am 12. Juni 2013
- Am 14 Juni. stimmt der Ministerrat der Aufnahme von Verhandlungen zu (mit „**Frankreichkompromiss**“ zu audiovisuellen und kulturellen Dienstleistungen)

Wirtschafts-Nato

Karel De Gucht, EU-Handelskommissar in der Süddeutschen Zeitung am 10. 8.13

„Furcht haben sollten wir davor, im internationalen Wettbewerb um Innovation mit den Schwellenländern, bald ins Hintertreffen zu geraten – ein Abkommen mit den USA hilft dabei, dass Europa weiter mitreden kann.“

Mit Partnerländern – wie die Schweiz oder die Türkei – soll ein Netzwerk der Freihändler entstehen, eine Art "Wirtschafts-Nato" des freien Westens, das sich so gegen China und andere Konkurrenten "verteidigen" – abschotten will.

Freihandel

Freihandel ist der Schlüssel zu globalem Wohlstand, daher die beste Strategie.

- „Bei Öffnung der Grenzen für den internationalen Handel steigt das Volkseinkommen aller Länder, die sich daran beteiligen“ (Samuelson, Nordhaus, S. 781)
- Ricardos komparative Kostenvorteile (Wein-Tuch)
- Freihandel hilft meist nur den ökonomisch Starken
- Entwickelte Länder durch Protektionismus & aktive Industriepolitik erfolgreich

Diese Entwicklungsinstrumente werden den armen Ländern heute oft verweigert

Prognosen

Die Prognosen im Auftrag der EU-Kommission

Wachstumssteigerung von 0,48% bis 2027 - im günstigsten Fall

- ein extrem optimistisches Szenario mit 100%igem Zollabbau und

sehr weitreichendem Abbau non-tarifärer Handelshemmnisse

- Wahrscheinlicher Gesamtsteigerung des Wachstums

von 0,1% in zehn Jahren - also von 0,01% pro Jahr (ib.)

- 500 € Einkommenszuwachs pro Familie und pro Jahr

- 180 000 Arbeitsplätze (von 42 000 000)

Freihandel der EU

Lissabon - Agenda = interne Agenda

Ziel, die EU bis 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt“ zu machen. Kostensenkungsmaßnahmen wie Sozialabbau in den EU-Ländern (Harz IV, Fiskalpakt u.s.w.)

WTO, Global Europe, TTIP = externe Agenda

Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken, besserer Zugang zu Weltmärkten für europäische Firmen auch durch bilaterale Handelsabkommen (2006)

„Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“ (Kurz: Global Europe)

Verhältnisse auf dem Weltmarkt

Veränderte Kräfteverhältnisse auf dem Weltmarkt

China und andere Schwellenländer gewinnen,

EU und USA verlieren an Bedeutung.

Insgesamt ist der Welthandel in den Jahren 2001 bis

2012, preisbereinigt um 78 Prozent gewachsen, pro

Jahr um durchschnittlich 5,4 Prozent. Ihren Weltmarkt-anteil steigern konnten allerdings nur die Länder Süd-

und Ostasiens - von gut einem Drittel auf mehr als die Hälfte. Der

Weltmarktanteil Chinas allein beträgt inzwischen rund 15 Prozent. Sowohl die

EU als auch

die USA verloren in diesem Zeitraum Anteile am Weltmarkt.

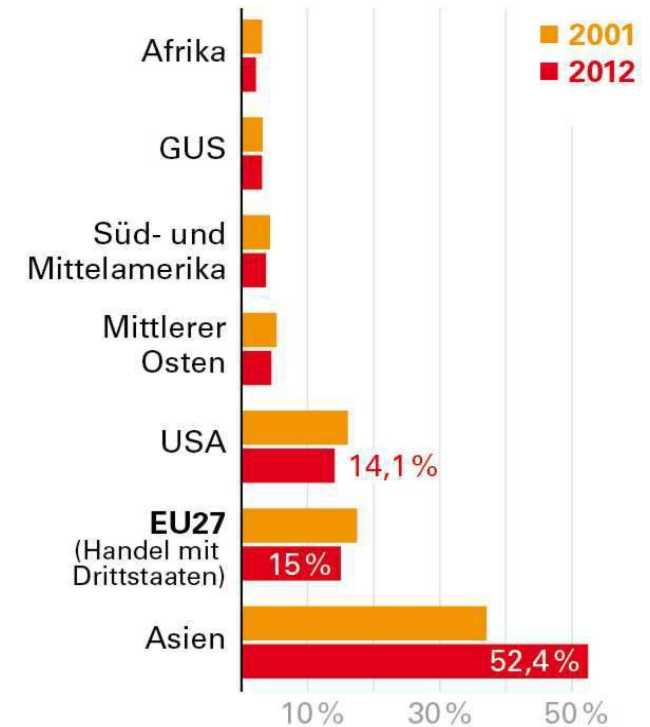
IMK Report 83, Juni 2013

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung

Globale Vormachtstellung absichern

Asien hat die Nase vorn

Anteile am Weltmarkt



Quelle: IMK 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

WTO seit 1995

Die multilateralen Verhandlungen der Doha-Runde in der WTO waren blockiert

Streitpunkte: Singapurthemen und der Agrarsektor

Bei den Singapurthemen geht es um Marktöffnung in den Bereichen

- Investitionen (MAI)
- Wettbewerbspolitik
- öffentliche Beschaffung
- Handelserleichterungen

Agrarsektor – Indiens Einwände gegen das Verbot der Agrarsubventionen

Zeitplan

- Erste Verhandlungsrunde war im Juli in Washington
- Zweite Verhandlungsrunde sollte am 7. Oktober in Brüssel beginnen
- Dritte Verhandlungsrunde ab 16. Dezember
- Die Verhandlungsrunden sollen im Oktober 2014 abgeschlossen sein
- EP muss abschließend zustimmen (Neuwahl Mai 2014)
- Rat muss zustimmen (einstimmig!)
- Bundestag muss zustimmen („gemischtes Abkommen“)
- Länder tangiert, daher muss der Bundesrat zustimmen

Verhandlungsziele

- ehrgeizig, umfassend und auf höchstem Liberalisierungsniveau
- Gegenseitige Anerkennung und Harmonisierung
- Gleichwertigkeit – Gegenseitige Anerkennung
- Geheimverhandlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit
- Marktöffnung
- Regulierungsfragen
- Allgemeine Regeln für globales Handeln

Marktöffnung

- Zollabbau
- Öffnung des Dienstleistungssektors
 - Bildung, Gesundheit, Wasser, Energie, Verkehr
- Öffnung des Investitionssektors
 - mit höchstem Schutzniveau
 - und einem Investor-State-Streitbeilegungsverfahren
- Öffnung des öffentlichen Beschaffungswesens
 - Förderung regionaler Wirtschaft ist eine Diskriminierung

Regulierungsfragen

Sektorspezifische Bestimmungen

- Automobilindustrie
- Chemische- und pharmazeutische Industrie
- Landwirtschaft
- Gesundheitswesen
- Informations- und Kommunikationstechnologien
- Finanzdienstleistungen
- Interessengruppen der Wirtschaft in Beratung einbeziehen, bevor Maßnahmen eingefügt werden
- audiovisuelle und kulturelle Dienstleistungen derzeit nicht Teil des Mandats,
aber evtl. zu einem späteren Zeitpunkt

Handelshemmnisse

Tarifäre Handelshemmnisse – Im- und Exportzölle, Exportsubventionen

Nichttarifäre Handelshemmnisse

- technische Vorschriften / rechtliche Vorschriften / Exportbeschränkungen / Einfuhrquoten / Einfuhrsteuern/ Einfuhrverbote / Ausfuhrverbote / spezielle Importabgaben / Steuervorteile / finanzielle Förderung inländischer Unternehmen / Umwelt- und Sozialstandards / Qualitätsstandards / Verpackungs- und Bezeichnungsvorschriften/ Herkunftsangaben

Handelshemmnisse sind Maßnahmen, die protektionistischen Zielen dienen.

Öffentliche Dienstleistungen

WTO/GATS: öffentliche Versorgungsleistungen in sog. „public utilities’ clause“ in einer "Positivliste" Regelungen (können) in einer Vereinbarung auf diese Sektoren mit besonderen Verpflichtungen (Verkehr, Energie etc.), die in den Freihandelsabkommen aufgelistet sind, begrenzt werden ().

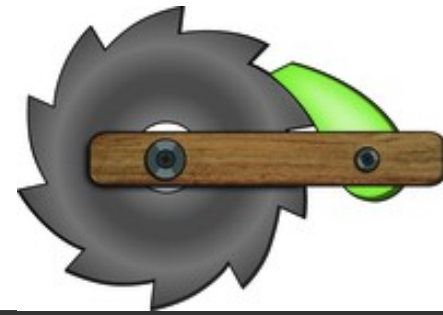
Neu: Ansatz einer „Negativliste“ – Maßnahmen, die von den Verpflichtungen des Freihandelsabkommens ausgeschlossen werden sollen, vor allem den Marktzugang betreffende und nationale Bestimmungen. Absicht, den Umfang der Ausnahmen zur Marktöffnung zu begrenzen

„Aber dadurch werden Maßnahmen und Sektoren final festgelegt und jede Anpassung in Zukunft verhindert. Neue gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen brauchen jedoch einen angepassten Rechtsrahmen, um auf sich verändernde technologische Entwicklungen reagieren zu können.“

Öffentliche Dienstleistungen

Seit Frühjahr 2013 laufen Verhandlungen über ein Folgeabkommen zum WTO-Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services), das plurilaterale Abkommen über Dienstleistungen (Plurilateral Trade in Services Agreement, PTISA). Es geht um eine umfassende Liberalisierung des internationalen Dienstleistungshandels. Betroffen sind auch Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel in Bildung, Kulturförderung, Gesundheit, soziale Dienstleistungen, Abwasser- und Müllentsorgung, Energie, Verkehr und Wasserversorgung.

Das EU-Parlament hat in einer Entschließung am 4. Juli 2013 gefordert, dass die EU-Kommission bei der Aushandlung von Marktzugangspflichten sensible Anliegen bei öffentlichen Dienstleistungen sicherstellen soll, etwa für öffentliche Bildung, Gesundheit, Wasserversorgung und Abfallwirtschaft. Maly: **„Es ist fraglich, ob dies tatsächlich die Interessen der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland ausreichend schützen kann. Die Verhandlungen laufen hinter verschlossenen Türen, die Kommunen stehen ebenso draußen vor der Tür wie die europäische Bürgerschaft.“** <http://www.bay-staedtetag.de/index.php?id=9511,133>



Ratchet-Klausel

Einführung eines Negativlistenansatzes: Dienstleistungen, die auf der Liste nicht angeführt werden, müssen demnach liberalisiert werden. Bisher Positivliste, bei der nur jene Dienstleistungen liberalisiert werden mussten, die ausdrücklich genannt sind.

Verschärft durch eine so genannte Ratchet-Klausel: Dienstleistungen die zwar auf der Liste genannt sind, aber dann doch liberalisiert werden, können später nicht mehr zurückgeführt werden, erstmals dieser Ansatz bei Ceta

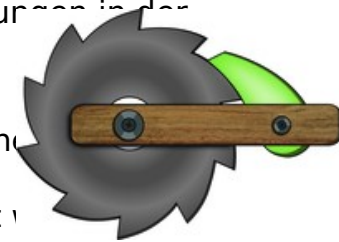
Rekommunalisierungen

Rückzug der öffentlichen Hand aus der Daseinsvorsorge für viele unerwünscht

- Rekommunalisierungen versus Druck zu mehr Privatisierungen durch europäische Austeritätspolitik
- Freihandels- und Investitionsschutzabkommen (CETA) oder (TTIP)

Rücknahme von Liberalisierungsverpflichtungen und öffentliche Daseinsvorsorge sollen erheblich eingeschränkt werden. gescheiterte Privatisierungen in der

Initiativen gegen diese Vertiefung bisheriger Liberalisierungen: Erfolg der europäischen BürgerInnen right2water oder der weltweite Aufruf, der einen Stopp der Verhandlungen zum plurilateralen Dienstleistungsabkommen „TISA“ fordert und der bereits von über 300 Organisationen unterstützt



Kommunale Daseinsvorsorge

Daseinsvorsorge – staatliche Aufgabe zur Bereitstellung der für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten Güter und Leistungen – Grundversorgung.

So die Bereitstellung von öffentlichen Einrichtungen für die Allgemeinheit, also Verkehrs- und Beförderungswesen, Gas-, Wasser-, und Elektrizitätsversorgung, Müllabfuhr, Abwasserbeseitigung, Bildungs- und Kultureinrichtungen, Krankenhäuser, Friedhöfe, Bäder usw. (Infrastruktur), wahrgenommen von kommunalwirtschaftlichen Betrieben.

Öffentliche, unzulässige Konkurrenz gegen die Privatwirtschaft ?

(Müllabfuhr/Abfallwirtschaft)

Stromsperrern für zahlungsunfähige Arbeitslose, die viel zuhause sind und keine stromsparenden Geräte nutzen können. WK 13.12.13

Bildung

Universitäten werden in Deutschland staatlich finanziert.

Fällt dieser Bereich unter das Freihandelsabkommen, dann dürfen Anbieter aus dem Ausland hier private Universitäten eröffnen.

Und sie können eine Umstrukturierung des ganzen Systems fordern", sagt Prof. Scherrer.

US-Anbieter könnten sich dann in einem Bieterverfahren um staatliches Geld bemühen.

Kultur als Ware

Frankreichvorbehalt : Kultur ist nicht ausgeklammert, nur Audiovisionen.

De Gucht: Wir können gegen die Ausnahme verhandeln, über alles, nur der Europäische Rat muss zustimmen. USA will das auch!

USA: Kultur = Entertainmentindustries, 80% der EU-Filme ist aus Hollywood.

Öffentlicher Rundfunk, Filmförderung, Theater, Opern, Museen subventioniert.

Für digitale Dienstleistungen, Online-Angebote der Bibliotheken – soll es keine Ausnahme geben, es ist nicht Kultur.

Unesco-Konvention zu kulturellen Ausdrucksformen - ein erstes Instrument der Bändigung der negativen Entwicklung der Globalisierung.

Europa ist rohstoffarm, wir werden von Kultur leben müssen, von „Blueprintindustries“, von der Fähigkeit, Neues zu entwickeln.

Buchpreisbindung

Buchpreisbindung evtl. verantwortlich für entgangene Gewinne von Amazon.

Deutschland hat die Buchpreisbindung zum Erhalt einer vielfältigen Verlagslandschaft mit Mischkalkulation. Die Buchpreisbindung ist ein Handelshemmnis.

Frankreich hatte 1979 für 2 Jahre die Buchpreisbindung abgeschafft und nach zwei Jahren verschärft wieder eingeführt.

England hat sie abgeschafft und man verkauft nur noch extrem billige Bestseller und extrem teure kleine Auflagen.

E-Books sind keine Kulturgüter, sondern Software-Dienstleistungen.

Künstlersozialversicherung

Die bestehenden Arbeitnehmerrechte, z.B. die soziale Absicherung der freiberuflichen Künstler und Publizisten durch das Künstlersozialversicherungsgesetz dürfen durch das Freihandelsabkommen nicht angetastet werden.

Unternehmen, die in Deutschland tätig werden, müssen sich an die geltenden europäischen bzw. nationalen Vorschriften halten und dürfen diese nicht unterlaufen.

Sanitäre & phytosanitäre Maßnahmen

WTO-Abkommen zum Schutz der Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen

Konflikt: Liberalisierung des Welthandels versus national souveräne Gestaltung eigenständiger Lebensmittelsicherheitspolitik

Zur Vermeidung willkürlicher Handelsbarrieren soll die Einhaltung von international harmonisierten Standards (Codex Alimentarius, Internationales Tierseuchenamt, Internationale Pflanzenschutzkonvention) als hinreichend akzeptiert werden.

Darüber hinausgehende Anforderungen an Importe (Vorsorgeprinzip) müssen durch eine naturwissenschaftliche Risikobewertung als notwendig nachgewiesen werden.

Vorsorgeprinzip strittig - EU/US-Hormonstreit - kein wissenschaftlicher Konsens

Chemische Industrie

Vorsorgeprinzip

- Chemische Industrie - EU-Verordnung REACH - Hersteller oder Importeure, welche Stoffe als solche und/oder Stoffe in Zubereitungen mit mehr als einer Tonne pro Jahr in Europa in Verkehr bringen, fallen in den Geltungsbereich von REACH. ..

.... Die geforderten Datensätze nach den Anhängen VII bis X beinhalten neben den physikalischen und chemischen Eigenschaften auch Angaben zur Toxikologie und Ökotoxizität. Es wird eine Stoffsicherheitsbeurteilung verlangt.

... Mit TTIP eventuell verzichtbar

- Chemikalieneinsatz mit geheimgehaltenen Rezepturen beim Fracking wäre erleichtert, Brunnenvergiftungen und „endokrine Disruptoren“ kein Problem

Fracking mit Gas im Brunnenwasser



Lebensmittelsicherheit / Verbraucherschutz

Kennzeichnungspflichten über Herkunft und Inhaltsstoffe abschwächen / aufheben

Gen-Tech Siegel in den USA könnten auf Druck der Hersteller abgeschafft werden. Chemikalien-Verordnung der EU, bekannt als REACH umgehen

In den USA sind ca. 30.000 krebserregende Substanzen im Handel, die in Europa verboten sind. Die sogenannte 'cross-recognition' (gegenseitige Anerkennung) könnte aber dafür sorgen, dass eine Genehmigung durch US-Behörden die gleiche Anerkennung erhält wie eine europäische Zulassung.

Landwirtschaft

- Amerikanische Betriebe im Durchschnitt 14 mal so groß wie deutsche
- Agroindustrie - vier Unternehmen beherrschen 80% des Marktes
- genetisch veränderte Lebensmittel, Chlorhühnchen, Hormonmilch, Klonrinder
- Schutzniveau erhöht im Bereich des geistigen Eigentums (Patente auf Saatgut)
- »Harmonisierung« der Zulassungsvorschriften:
 - a) Abbau der Einfuhrschraken für gentechnisch manipulierte Pflanzen und Tiere
 - b) Keine Kennzeichnung hormonell oder chemisch behandelter Produkte

IT und Datenschutz

Datenschutz verstanden als Schutz vor

- missbräuchlicher Datenverarbeitung,
 - Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung,
 - Schutz des Persönlichkeitsrechts bei der D.-verarbeitung,
 - Schutz der Privatsphäre
- Datenschutz steht für die Idee, dass jeder Mensch grundsätzlich selbst entscheiden kann, wem wann welche seiner persönlichen Daten zugänglich sein sollen.

Datenschutz in den USA durch Gesetze oder Vorschriften nicht geregelt.

Zugriff auf private Daten ist gesellschaftlich akzeptiert, z. B. eine Bonitätsprüfung vor der Vereinbarung eines Arbeitsverhältnisses oder vor der Anmietung einer Wohnung.

Wenige US-Bundesstaaten kennen ein Recht des Individuums auf Privatsphäre

Finanzmarktregulierungen

Es ist keineswegs so, dass es nur die US-Unternehmen und Verbände sind, die auf schwächere Standards drängen. Zu den Kritikern der amerikanischen Finanzmarktregulierung, die im Gefolge der vorangegangenen Krisenjahre verschärft wurde, gehört unter anderem der Bundesverband deutscher Banken. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht dabei die 'Volcker-Regel', die es Banken verbietet, auf eigene Rechnung zu spekulieren.

Allerdings könnten auch Regulierungsvorhaben der EU ausgebremst werden. Die Finanztransaktionssteuer könnte diese letztlich an einem amerikanischen Veto scheitern.

<http://www.gruene.de/themen/europa/lobbygruppen-dominieren-freihandelsabkommen-mit-den-usa.html>

Finanzdienstleistungen



Finanzdienstleistungen können vom Investitionsbegriff erfasst werden, ggf. sind es nicht "nur" Konzerne, die Gesetze wegklagen können, sondern auch Hedgefonds... und von der EU geht in den Verhandlungen gewaltiger Druck bzgl. Finanzmarkt-Deregulierung aus.

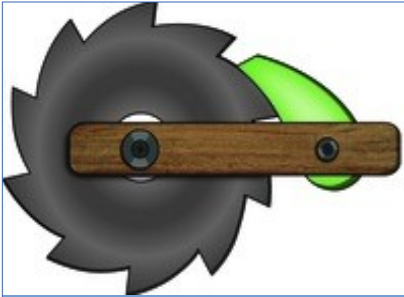
Löhne und Sozialstaat

Die USA haben bisher nur zwei der acht wichtigsten Arbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) unterzeichnet. Vereinigungsfreiheit ist also eingeschränkt.

Beschäftigte in der USA haben weniger Rechte und verdienen weniger. »In den USA gibt es in den Betrieben und Verwaltungen vordemokratische Verhältnisse« Ver.di.

Auch wenn im Mandat der EU-Kommission festgehalten ist, dass nationale Arbeits- und Sozialstandards erhalten bleiben sollen, besteht die Gefahr, dass es im Rahmen einer transatlantischen Freihandelszone zu einer »Abwärtsspirale bei den Standards« kommt. 24.12.2013 Junge Welt

Wirkung für die Schutzgesetzgebung



möglichen sind.

Sperrklinke

oder

Ratsche

gegen ein

verbessertes

Schutzniveau

Die Entwicklung der Schutzgesetzgebungen im

Verbraucher-, Umwelt-,

Tier-, Datenschutz gehen dann nur noch

in Richtung **Senkung der Schutzstandards**.

Stillstands-Klausel

Stillstands-Klausel (standstill clause) - Parlamente dürfen keine gesetzlichen Regelungen beschließen, die den Freihandelsaustausch von Waren, Dienstleistungen, Kapital und allem, was handelbar ist, behindern, und dass die Gesetze, die diesen freien Austausch noch behindern, nur in ihrer einschränkenden Wirkung gemindert, aber nicht erhöht werden können. Und wenn sie einmal vermindert worden sind, dürfen sie nicht wieder neu erhöht werden.

Lobbyklage es werde zu viel „politisch entschieden und nicht technisch“

Fritz Glunk zu Gefahren des geplanten Freihandelsabkommens EU-USA



Roll-back

- „Roll back“ heißt, dass die bestehende Gesetzgebung auf Widersprüche zum Abkommen überprüft und entsprechend abgeändert werden muss.
- „lebendiges Abkommen“ - gilt in Teilen vor der endgültigen Verabschiedung
- Einmal aufgehobene Beschränkungen können nicht wieder eingeführt werden. Das wäre eine Art »Ewigkeitsklausel«, die wir sonst nur für einige ganz wichtige Artikel im Grundgesetz kennen, die uns zum Beispiel vor einer Diktatur schützen sollen.



investor-to-state-dispute-settlement ISDS

- Schutz vor direkter und indirekter Enteignung mit Recht auf Entschädigung
- Konzerne verklagen Staaten wegen enttäuschter Gewinnerwartungen
- „indirekte Enteignung“, z.B. durch strengere Umweltgesetze
- Konzernbesteuerung eine Form „schleichender Enteignung“
- „Schutz vor Unruhen“ - „full protection and security“ . Die Schutzlücke ist zu schließen, die sich daraus ergibt, dass Staaten grundsätzlich nicht für alle von ihrem Hoheitsgebiet ausgehenden Handlungen verantwortlich sind



Vattenfall gegen Deutschland

Beispiel für Investorenschutz: der schwedische Investor Vattenfall klagt in einem Schiedsgericht gegen den Atomausstieg in Deutschland.

Verlangt werden 3,7 Milliarden Euro Schadensersatz aus Steuergeldern für die Stilllegung seiner Schrottreaktoren Krümmel und Brunsbüttel.

Versuch Vattenfalls, die Kosten des Atomausstiegs zu sozialisieren und zusätzlich noch ursprünglich mal erhoffte Gewinne aus dem Weiterbetrieb der gefährlichen AKWs aus der Steuerkasse ersetzt zu bekommen.

Grundlage: Energiecharta-Vertrag für den Energiesektor

Sonderrecht für Konzerne

- Investoren bekommen neben den bestehenden Rechtssystemen ein eigenständiges Klagerecht
- Bevorzugung ausländischer Konzerne
- Verhandlungen sind geheim
- Eine Information der Öffentlichkeit findet nicht statt
- Eine Kontroll- oder Revisionsinstanz gibt es nicht
- Hochbezahlte, anonyme Schiedsrichter entscheiden
- 15 Anwälte entscheiden 55 % aller Schiedsverfahren
- „Privatisierung der Justiz“
- Entscheidungen haben öffentlich-rechtliche Wirkung bindend für Bund, Land und Gemeinden
- Entschädigung mit Steuergeldern

Straflosigkeit von Konzernen



Regulierungsrat

Regulatorische Kooperation :

- die Einrichtung von gemeinsamen EU-US-Gremien mit Zugang für die Konzerne, in denen Standards und Regeln vorverhandelt werden bevor sie überhaupt in die nationalen Parlamente kommen

De Guchts Idee: "Regulierungsrat" (Regulatory Cooperation Council) , der über die Einhaltung der Vereinbarungen wachen und neue Regeln erlassen soll.

Im Idealfall sollten die EU und die USA sogar gemeinsame Regeln erlassen, die dann "gute Chancen hätten, internationale Standards zu werden", ...

"Vertragspartnerschaften und Solidaritätsmechanismus"

Aus dem geleakten Abschlussdokument ... „Schlussfolgerungen“

Wettbewerbspakt nach dem Willen der beteiligten Staats- und Regierungschefs : - alle Mitgliedsländer der Währungsunion sollen sich Jahr für Jahr auf ein Bündel neoliberaler Reformen verpflichten

Umsetzung soll von der EU-Kommission streng überwacht werden. - dafür erhalten sie als 'Belohnung' finanzielle Unterstützung in Form von Krediten, Zuwendungen oder Garantien

Bei der Festlegung der Vertragsinhalte sollen die Parlamente laut dem Dokument 'involviert' werden. Gemeint ist eine Art Beraterfunktion, keine Entscheidungskompetenz. effektiver Demokratieabbau."